

Medienmitteilung vom 15. Februar 2018

Unkoordinierten Blindflug abbrechen! Bundesamt für Justiz bestätigt: Bundesrätlicher Tarifeingriff droht Chaos auszulösen

Wie der «Tagesanzeiger» berichtet, hat das Bundesamt für Justiz im Sommer 2017 einen generellen Vorbehalt zur Gesetzmässigkeit des zweiten Tarifeingriffs angebracht. Damit folgt es einem Urteil des Luzerner Kantonsgerichts und bestätigt die Position von PKS. Der politisch motivierte Eingriff verursacht maximale Rechtsunsicherheit mit dem Risiko von Rückforderungen in dreistelliger Millionenhöhe. Dieses Chaos hat der Bundesrat mit der unsorgfältigen Vorbereitung seiner weder sachgerecht noch betriebswirtschaftlich bemessenen Tarifeingriffe zu verantworten.

Die immer noch gültige Tarifstruktur für den ambulanten Bereich Tarmed ist überaltert und muss überarbeitet werden. Mit dem Vorschlag von H+ lag dem Bundesrat ein gesetzeskonformer Tarifentwurf vor. Der gegen den Widerstand der Leistungserbringer durchgedrückte, politisch begründete Tarifeingriff des Bundesrats ist weder sachgerecht noch betriebswirtschaftlich bemessen und damit KVG-widrig, wie das Luzerner Kantonsgericht im Urteil vom 29. Mai 2017 Klinik St. Anna vs. Assura Basis SA zum vorletzten Tarifeingriff in aller Deutlichkeit festgehalten hat. Nun bestätigt selbst das bundeseigene Bundesamt für Justiz diesen Vorbehalt. Es verwundert, dass der Gesamtbundesrat trotz dieser gewichtigen Vorbehalte aus dem eigenen Haus dem Tarifeingriff zugestimmt hat. Nun steigt das Risiko für einen totalen Schiffbruch zulasten der Prämienzahler. Der Bundesrat hat offenbar wissentlich maximale Rechtsunsicherheit geschaffen und ist bewusst das Risiko von jahrelangen Streitigkeiten und hunderten von Millionen Rückforderungen eingegangen.

PKS wiederholt die Forderung vom Juni 2017: Der Bundesrat muss den unkoordinierten Blindflug nun rasch stoppen und die Tarifpartner unter seiner Initiative an den Verhandlungstisch zurückholen. In einem strukturierten und befristeten Prozess sind alle Tarifpartner gefordert, ihre Verantwortung endlich wahrzunehmen und die Überarbeitung der Tarmedstruktur konstruktiv und mit Augenmass etappenweise zum Abschluss zu bringen. Der Bundesrat täte gut daran, seine Führungsstärke dort zu beweisen statt das Gesundheitswesen durch politische Eingriffe zu destabilisieren.

Über PKS:

PKS vertritt die Interessen der 130 Privatspitäler in der Schweiz. Die Privatspitäler überzeugen qualitativ (15 der 17 aktuell bestbewerteten Kliniken auf www.spitalfinder.ch sind privat), arbeiten systematisch zu niedrigeren oder höchstens gleichen Tarifen wie öffentliche Anbieter, decken im Akutbereich rund 25 Prozent der Leistungen ab und sind in vielen Bereichen – auch der hochspezialisierten Medizin - systemrelevant.

Mehr aktuelle Zahlen zu den Privatspitälern in der Schweiz:

http://www.privatehospitals.ch/fileadmin/user_upload/news/bericht/PKS_Bericht_2017_de_web.pdf

Auskunft:

Guido Schommer, Generalsekretär PKS, +41 79 300 51 45; info@privatehospitals.ch